

Gut funktionierende Polizei bildet Rückgrat des Staates

Wiesbaden, 17. Juni 2021

Am heutigen 17. Juni 2021 wurde in einer aktuellen Stunde im Hessischen Landtag von allen Oppositionsparteien, außer der AfD, der Rücktritt von Peter Beuth gefordert.

Im Tenor trage er die Verantwortung für die vielfältigen Vorwurfslagen, mit der sich derzeit alle hessischen Polizeibeschäftigten medial konfrontiert sehen, war dort zu hören.

Keine Frage: Die hess. Polizei und ihre über 21.000 Beschäftigten (inklusive der Studierenden) leisten eine hervorragende und tadellose Arbeit, jeden Tag, jede Nacht, 365 Tage im Jahr.

Viele von uns schmerzt der derzeitige mediale Umgang mit den beim Frankfurter SEK aufgedeckten Chat – Gruppen.

Seit 2018 wurden und werden die hess. Polizeibeschäftigten einem Generalverdacht in der Öffentlichkeit ausgesetzt, es gäbe rechte Netzwerke bei der hess. Polizei.

Dieser öffentlichen Unterstellung auch heute wieder von einzelnen PolitikerInnen im Hessischen Landtag erteilen wir eine klare Absage!

In vielen Gesprächen mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den Revieren, Kommissariaten oder in geschlossenen Einheiten vermissen unsere Beschäftigten politische Rückendeckung.

Dazu gehört auch mangelnde Transparenz. Beispielsweise vermissen viele von uns Ermittlungsstände zu den seit Jahren andauernden Straf- bzw. Disziplinarverfahren, die nach dem Bekanntwerden rechter Chat – Gruppen und den Drohschreiben NSU 2.0 Ende 2018 eingeleitet wurden. Etliche Verfahren wurden zwischenzeitlich durch die ermittelnden Staatsanwaltschaften bzw. im weiteren Fortgang durch die Behörden nach Abschluss der disziplinarischen Ermittlungen eingestellt.

Mitteilungen an die Polizeibeschäftigten? Fehlanzeige!

Vor wenigen Wochen wurde in Berlin ein dringend Tatverdächtiger durch das Hessische Landeskriminalamt festgenommen, der mutmaßlich für die Drohmails NSU 2.0 verantwortlich zeichnet.

Soweit zu den Vorwürfen, man ermittle nicht ordnungsgemäß, wenn um rechtsextremistische Vorwurfslagen gehe!

Bis zum Abschluss der Ermittlungen gilt für alle Menschen die Unschuldsvermutung. Rechtsstaatliche Prinzipien haben auch für uns Polizeibeschäftigte Geltung! Wir tolerieren kein Fehlverhalten in den eigenen Reihen. Dort, wo Missstände auftreten, treten wir diesen entschlossen entgegen. Dafür erwarten wir auch die Rückendeckung der Landesregierung.

Abschließend verweisen wir auf die Umfrage von infratest dimap im Auftrag von Report München aus dem Juli 2020. Dort spricht die Mehrheit der Bevölkerung der Polizei ein hohes Maß an Vertrauen aus.



**Gewerkschaft
der Polizei**